

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander Gauland, Petr Bystron, Stefan Keuter, Matthias Moosdorf, Joachim Wundrak, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Steffen Kotré, Eugen Schmidt, René Springer, Marc Bernhard, René Bochmann, Robert Farle, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Mariana Iris Harder-Kühnel, Martin Hess, Nicole Höchst, Steffen Janich, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Martin Reichardt, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Vertrauen schaffen, Sicherheit garantieren, Unabhängigkeit bewahren – Für einen Interessensausgleich in Europa**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag zeigt sich besorgt über die zunehmenden Spannungen und die zunehmende Militarisierung in Osteuropa. Hier sind seit einiger Zeit sowohl russische Truppenkonzentrationen und Militärmanöver in der Nähe der ukrainischen Grenze, sowie die militärische Mobilmachung seitens der Ukraine und deren personelle, materielle wie finanzielle Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, einzelne NATO-Mitgliedstaaten und die Europäische Union (EU) zu beobachten. Eine Lösung der Ukraine-Krise darf zum Wohle Deutschlands und der Wahrung des Friedens in Europa nur auf dem politischen Wege erfolgen. Die Russische Föderation hat durch die Veröffentlichung zweier Vertragsentwürfe (sog. Sicherheitsgarantien) am 17. Dezember 2021 deutlich gemacht, dass sie zum politischen Dialog basierend auf den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts bereit und an einer friedlichen Lösung interessiert ist. Die bilateralen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation in Genf und die Wiederaufnahme der Gespräche im Rahmen des NATO-Russland-Rates sowie die Wiederaufnahme der Kontakte im Normandie-Format sind ein positives Zeichen, das Vertrauen schaffen kann, wenn die sicherheitspolitisch bedeutende Lage von europäischer und US-amerikanischer Seite realistisch eingeschätzt wird und die von russischer Seite vorgebrachten Sicherheitsgarantien als Verhandlungsangebot ernst genommen werden.

Deutschland und Frankreich müssen sich für Verhandlungen im Normandie-Format mit der Ukraine und Russland engagieren, damit die Rolle der europäischen Nationen in der Ukraine-Krise nicht noch unbedeutender wird. Voraussetzung für glaubwürdige und erfolgreiche Verhandlungen im Normandie-Format ist aber, dass alle Seiten, auch

die Ukraine, aufgefordert werden, die Minsker Vereinbarungen konsequent umzusetzen.

Kein Land besitzt ein Vetorecht hinsichtlich der Bündnisorientierung eines anderen. Gleichwohl ist es in der Geschichte immer wieder zu politischen Vereinbarungen zwischen Staaten gekommen, in denen das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinter übergeordnete sicherheitspolitische Gründe zurücktreten musste (vgl. Kuba) und eine Neutralität oder Allianzfreiheit für ein Land zur Bedingung gemacht wurde (vgl. Österreich oder Finnland). Eine solche Neutralität oder Allianzfreiheit darf daher für die Ukraine nicht per se ausgeschlossen werden, sondern sollte Eingang in die Verhandlungen zwischen den NATO-Staaten und der Russischen Föderation finden. Der Deutsche Bundestag bekräftigt daher die Gültigkeit der Feststellungen im Dokument von Istanbul aus dem Jahr 1999: „Wir bekräftigen das jedem Teilnehmerstaat innewohnende Recht, seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern. Jeder Staat hat auch das Recht auf Neutralität. Jeder Teilnehmerstaat wird diesbezüglich die Rechte aller anderen achten. Sie werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen“ (<https://www.osce.org/files/f/documents/b/f/125809.pdf>).

## II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

- die gegenwärtigen diplomatischen Bemühungen der europäischen Staaten einschließlich der Russischen Föderation sowie der USA, der NATO und der OSZE, auf Basis internationalen Rechts und bestehender Übereinkommen eine sicherheitspolitische Stabilisierung Europas zu erzielen;
- die im russischen Vertragsentwurf an die NATO enthaltene Bekräftigung, dass sich die Russische Föderation und die NATO nicht als Gegner betrachten;
- die Wiederaufnahme der Kontakte im Normandie-Format;
- die Klarstellungen von Bundeskanzler Olaf Scholz, die Russland-Politik innerhalb der Bundesregierung zur „Chefsache“ machen zu wollen sowie seine Initiative für einen „qualifizierten Neuanfang“ mit Russland. Ein solcher qualifizierter Neuanfang darf aber keine Floskel bleiben, sondern muss sich in konkreten Handlungen, wie etwa der Reaktivierung von bilateralen Gesprächskanälen (Wiederaufnahme der deutsch-russischen Regierungskonsultationen oder des sicherheitspolitischen Cyber-Dialogs) auf höchster Ebene zwischen der Bundesregierung und der Russischen Föderation sowie regelmäßigen Treffen des NATO-Russland-Rates unter Einbeziehung auch der militärischen Fachleute auf operativer Ebene wiederfinden.

## III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich in Gesprächen auf allen Ebenen und Gesprächsformaten für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine einzusetzen;
2. sich für die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Regierungskonsultationen, die von 1998 bis 2012 stattgefunden haben, einzusetzen;
3. die mit der Tagung vom 12. Januar 2022 erfolgte Einberufung des NATO-Russland-Rates zum Anlass zu nehmen, dieses Gesprächsformat für Krisensituationen wieder in regelmäßigen Abständen, auch unter Einbindung der militärischen Fachleute, stattfinden zu lassen;
4. in bilateralen Gesprächen mit der Russischen Föderation und der Ukraine für einen beiderseitigen Rückzug der Streitkräfte und des schweren militärischen Geräts von der gemeinsamen Grenze zu werben;

5. ungeachtet des Selbstbestimmungsrechts der Ukraine zur freien Wahl der Mitgliedschaft in einem Militärbündnis öffentlich zu erklären, dass die Bundesregierung einer Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO aus übergeordneten sicherheitspolitischen Gründen nicht zustimmen wird, und stattdessen international die Debatte über einen Status der Neutralität oder der Allianzfreiheit für die Ukraine zu intensivieren;
6. im Rahmen von regelmäßigen Treffen des NATO-Russland-Rates gemeinsam neue Mechanismen zur Konfliktvermeidung und der Transparenz bei Militärmanövern, etwa die Entsendung gegenseitiger Militärbeobachter, zu intensivieren;
7. sich im Rahmen von Gesprächen mit den USA und der Russischen Föderation sowie unter Beteiligung der Volksrepublik China für eine Neuverhandlung des INF-Vertrages einzusetzen.

Berlin, den 9. Februar 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

